

Geschäftsführung
BV Ronsdorf

Es informiert Sie	Gudrun Limberg
Telefon (0202)	563 7220
Fax (0202)	563 8023
E-Mail	gudrun.limberg@stadt.wuppertal.de
Datum	06.02.2017

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf (SI/0630/17)
am 31.01.2017

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Ingo Bahner, Herr Heinz-Walter Heinemann, Frau Jana Hornung, Frau Marion Koßmann , Herr Kurt von Nolting,

von der SPD-Fraktion

Herr Simon Geiß, Herr Harald Scheuermann-Giskes,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette (ab 18.47 Uhr – während TOP 6),

von DIE LINKE

Herr Jürgen Köster ,

von der WfW

Frau Heidrun Leermann (ab 18.48 Uhr – während TOP 6) ,

als fraktionsloses Mitglied

Herr Stefan Schmitz,

berat. Teilnehmer § 36 VI GO NRW

Frau Dorothea Glauner, Herr Michael Hornung (ab 18.50 Uhr – während TOP 6), Herr Kurt-Joachim Wolfgang,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Uwe Temme,

als Berichterstatterin

Frau Fischer (300.3)

von der Presse

Herr Florian, Herr Körschgen, Herr Müller, Frau Rüth.

Nicht anwesend sind

Frau Martina Hafke, Herr Axel Stuhlreiter, Herr Alexander Schmidt, Herr Günter Andreß.

Schriftführerin:
Gudrun Limberg

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20.00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zum Gedenken an das langjährige Mitglied der Bezirksvertretung, Frau Ingrid Rode, die am 04. Januar 2017 verstorben ist.

Der Bezirksbürgermeister gibt folgende Änderungen der Tagesordnung bekannt:

Top 11 „Neufassung der Geschäftsordnung“ und TOP 12 „Änderung der Hauptsatzung“ würden wegen Beratungsbedarfs auf die nächste Sitzung der Bezirksvertretung verlagert.
TOP 15 „Vorstellung von Baumaßnahmen im Stadtbezirk“ entfällt ebenfalls. Auch hierzu werde die Beratung in der nächsten BV-Sitzung stattfinden.

Die Bezirksvertretung ist mit den Änderungen einverstanden.

Frau Horning erklärt, dass aus Sicht der CDU-Fraktion die Forderungen aus der „Resolution zum Thema Bürgerbüros“ (VO/0012/17) bereits durch die Vorlage VO/0004/17 „Grundsatzbeschluss der Verwaltung zur Optimierung des Einwohnermeldeamtes“ zugesichert werde.
Daher beantrage sie, die Resolution von der Tagesordnung zu nehmen.
Sollte die Resolution auf der Tagesordnung bleiben, werde sich die CDU-Fraktion enthalten. Dies bedeute nicht, dass sie die Resolution in ihrem Sinn nicht unterstützten.

Der Bezirksbürgermeister widerspricht. Die Verwaltungsdrucksache ersetze die Resolution nicht, da z.B. die Forderung nach einem Bürgerbüro in Elberfeld in der Verwaltungsdrucksache keine Berücksichtigung finde.
Er bitte die CDU-Fraktion daher, die Resolution nicht von der Tagesordnung zu nehmen, damit eine detaillierte Beratung zu diesem Thema möglich bleibe. Da kein Beratungsbedarf geltend gemacht werde, befürworte er, den TOP auf der Tagesordnung zu belassen.

I. Öffentlicher Teil

1 Einführung und Verpflichtung eines Bezirksvertreters

Der Bezirksbürgermeister verpflichtet Herrn Heinz-Walter Heinemann mit der vorgeschriebenen Formel und begrüßt ihn in der Bezirksvertretung Ronsdorf.

2 Bericht aus dem Wuppertaler Jugendrat

Entfällt.

3 Berichte und Mitteilungen

Entfällt.

4 Resolution zum Thema Bürgerbüros Vorlage: VO/0012/17

Der Bezirksbürgermeister weist darauf hin, dass es „erstmalig in der Wuppertaler Kommunalgeschichte einen Zusammenschluss aller Bezirksbürgermeister(innen) gegeben habe und noch gebe, um die Missstände in den einzelnen Stadtbezirken zu beseitigen“.

Die Wiederbesetzung der 5. Geschäftsführerstelle sei jetzt vom Oberbürgermeister zugesichert worden. Der Forderung nach einer Stärkung der Bürgerbüros durch das Angebot des Vollserves im Melde-/Passbereich werde nun durch Vorlage der Verwaltungsdrucksache Rechnung getragen. Ferner sollte im größten Stadtbezirk Elberfeld wieder ein Bürgerbüro/eine Bezirksverwaltungsstelle eingerichtet werden.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf unterstützt die Resolution der Bezirksbürgermeister(innen).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (Enthaltung der CDU-Fraktion und des fraktionslosen Mitgliedes).

Der Bezirksbürgermeister erklärt, es sei bemerkenswert, dass sich die CDU-Fraktionen in den bereits stattgefundenen BV-Sitzungen zu dem Thema enthalten hätten, obwohl alle der CDU angehörende Bezirksbürgermeister der Resolution zugestimmt hätten.

Frau Hornung gibt zu Protokoll, dass durch die Enthaltung in keinsten Weise die Angelegenheit abgelehnt werde. Der Grundsatzbeschluss der Verwaltung habe die Zustimmung des Oberbürgermeisters und des Bürgerbeteiligungsbeauftragten. Aus Sicht der CDU-Fraktion würde mit der Anerkennung des Grundsatzbeschlusses auch die Resolution anerkannt.

5

Grundsatzbeschluss der Verwaltung zur Optimierung des Einwohnermeldeamtes

Vorlage: VO/0004/17

Herr Geiß begrüßt die Absicht der Verwaltung, die Beantragung von Ausweisen und Pässen in den Bürgerbüros wieder möglich zu machen. Schwierig finde er die beabsichtigte Schließung der Außenstelle Beyenburg. Der Beschlussvorschlag sollte ferner um die Einrichtung einer Bezirksverwaltungsstelle in Elberfeld ergänzt werden.

Frau Leermann spricht sich ebenfalls für den Erhalt der Außenstelle Beyenburg aus.

Herr Köster hält die eintägige Öffnungszeit für zu wenig. Eine diesbezügliche Erweiterung würde die Zentrale im Steinweg entlasten. Auch er spreche sich für den Erhalt bzw. die Einrichtung der Verwaltungsstelle in Beyenburg bzw. Elberfeld aus.

Frau Stv. Glauner stellt fest, dass die vor Jahren beschlossene Reduzierung der Aufgaben und Öffnungszeiten der Bürgerbüros „ein großer Fehler gewesen ist“. Das jetzt vorliegende Angebot sei ein Schritt in die richtige Richtung. Zu gegebener Zeit könnte darüber nachgedacht werden, das Angebot in den jeweiligen Bürgerbüros individuell anzupassen.

Herr Ramette bezeichnet die Ausweitung des Angebotes als richtig. Die Auslastung der Räumlichkeiten hingegen sei nicht wirtschaftlich.

Der Bezirksbürgermeister würde es begrüßen, die Bürgerbüros nicht – wie vorgeschlagen - an einem, sondern an zwei Tagen mit jeweils einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin zu öffnen.

Herr Stv. Wolfgang verweist auf die Krankheits- und Urlaubsvertretungsproblematik bei der Öffnung an 2 Tagen.

Herr Heinemann erklärt, man solle „nicht neue Leute einstellen“, sondern das Verfahren automatisieren, wie dies in anderen Gemeinden bereits der Fall sei.

Herr Temme erklärt in seiner Funktion als Vertreter des Oberbürgermeisters, dass die Verwaltungsstelle Beyenburg ausgesprochen gering frequentiert werde. Bezogen auf den Wunsch nach Einrichtung einer Verwaltungsstelle in Elberfeld sei anzumerken, dass es gute Möglichkeiten gebe, das Einwohnermeldeamt im Steinweg oder die Bürgerbüros zu erreichen.

Hinsichtlich der Erweiterung von Öffnungszeiten gebe er zu bedenken, dass alle angedachten Änderungen personalneutral bewältigt werden müssten. Es sei bekannt, dass ein dezentrales Angebot auch personell immer etwas aufwändiger sei. Eine zweitägige Besetzung mit e i n e r Person führe zu großen Vertretungsschwierigkeiten.

Automatisierung sei eine gute Idee, zunächst aber müsse jetzt eine Lösung für die durchaus berechtigten Forderungen aus den Bezirken geschaffen werden.

Er stimme Frau Stv. Glauner zu, dass das nun vorliegende Angebot ein erster Schritt sei.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt (ungeändert) zu beschließen:

1.

Der Rat der Stadt Wuppertal stimmt den Optimierungsmaßnahmen in der Zentrale des Einwohnermeldeamtes am Steinweg zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (1 Enthaltung Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Herr Köster war bei der Abstimmung nicht zugegen.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt (**geändert**) zu beschließen:

2.

Der Rat der Stadt Wuppertal stimmt dem erweiterten Leistungsangebot in den Bezirksverwaltungsstellen Cronenberg, Langerfeld, Ronsdorf und Vohwinkel zu.

(Hinweis: Der Satzteil „sowie dem Wegfall des Leistungsangebots in der Außenstelle Beyenburg“ wird gestrichen).

In Elberfeld wird eine leistungsfähige Bezirksverwaltungsstelle eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

7 **Bebauungsplan 1222 - Monschaustraße - Süd -**
- Fortführungsbeschluss -
Vorlage: VO/0764/16

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt den Bebauungsplan 1222 – Monschaustraße - mit folgenden Inhalten für die Offenlegung vorzubereiten:

- Die Geschossigkeit der geplanten Gebäude wird mit II, beziehungsweise im Bereich des Grundstückes Monschaustraße 10 mit III festgesetzt
- Die max. zulässige Traufhöhe (max. TH) beträgt 7,5 m, beziehungsweise im Bereich des Grundstückes Monschaustraße 10 8,50 m über dem Straßengelände.
- Die max. zulässige Gebäudehöhe wird mit 12,5 m, beziehungsweise im Bereich des Grundstückes Monschaustraße 10 mit 13,50 m, über dem Straßengelände festgesetzt.
- Zur Wahrung der Ruhebereiche soll keine Bebauung der gartenseitigen Grundstücksflächen erfolgen. Diese Flächen sind als nichtüberbaubare Grundstücksflächen festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

8 **Ausbau der offenen Ganztagschule um 275 Plätze zum Schuljahr**
2017/2018
Vorlage: VO/0066/17

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt (ungeändert) zu beschließen:

1. Der Schulträger wird beauftragt, die Anzahl der Plätze in offenen Ganztagschulen für das Schuljahr 2017/2018 um insgesamt 275 Plätze (11 Gruppen) auszubauen. Erweitert werden die Grundschulen:

Am Mirker Bach 1	1 Gruppe OGS
Fritz-Harkort-Schule, Grundschulverbund mit den Standorten Am Timpen 47 und Siegelberg 40	1 Gruppe OGS
Eichenstr. 5	1 Gruppe OGS
Kratzkopfstr. 23	2 Gruppen OGS
Liegnitzer Str. 64	1 Gruppe OGS
Mercklinghausstr. 11	1 Gruppe OGS
Nocken 6, Grundschule am Nocken	1 Gruppe OGS
Nützenberger Str. 242, GGS Am Nützenberg	1 Gruppe OGS
Reichsgrafenstr. 26, Angelo-Roncalli-Schule	1 Gruppe OGS
Rottsieper Höhe 14	1 Gruppe OGS

2. Zur Finanzierung des kommunalen Eigenanteils wird die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Angeboten der offenen

Ganztagsschule im Primarbereich zum 01.08.2018 (Schuljahr 2018/2019)
entsprechend der Erlassvorgaben angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

-
- 9** **Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes: Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen**
Vorlage: VO/0005/17

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

-
- 10** **Parkplatzsituation Im Bökel**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.01.2017
Vorlage: VO/0067/17

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, in der Straße Im Bökel nach dem Vorbild in der Resedastraße Parkplätze zu schaffen.

Sie bittet die Verwaltung unter Beteiligung von Bezirksvertretung und Anwohnern um Durchführung eines Ortstermins, bei dem auch die ähnlich gelagerte Problematik im Georg-Arends-Weg in Augenschein genommen werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit(1 Gegenstimme Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

-
- 11** **Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wuppertal, die Ausschüsse und die Bezirksvertretungen**
Vorlage: VO/0968/16/1-Neuf.

Vertagt wegen Beratungsbedarfs.

-
- 12** **Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wuppertal**
Vorlage: VO/1016/16/1-Neuf.

Vertagt wegen Beratungsbedarfs.

-
- 13** **Veranstaltungen im Stadtbezirk**

-
- 13.1** **Kirmes in Ronsdorf vom 28.07. - 30.07.2017**
- Antrag des Schaustellervereins Wuppertal e.V.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 31.01.2017:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf befürwortet die Durchführung der Kirmes im Ascheweg vom 28.07. – 30.07.2017 – wie im Antrag beschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

14 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Leermann erinnert an einen Ortstermin in der Erbschlöer Straße im vergangenen Sommer. Hier sollte die Verwaltung prüfen, ob eine Tempo 30-Zone bzw. eine Querungshilfe für Fußgänger eingerichtet oder eine Ampel aufgestellt werden könne.

Herr Köster weist auf die Gefahren des täglichen Rückstaus am Lichtscheider Kreisel/Ausfahrt Richtung Barmen hin. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Er bitte die Verwaltung, Kontakt mit dem Landbetrieb Straßen NRW aufzunehmen, um die Situation zu entschärfen.

Harald Scheuermann-Giskes
Bezirksbürgermeister

Gudrun Limberg
Schriftführerin
